

Geschäftszeichen:
(wird vom Integrationsamt vergeben)

**Antrag auf Gewährung von Leistungen zur Schaffung von
Arbeits- und Ausbildungsplätzen gemäß § 15 SchwbAV**

Name, Anschrift des Unternehmens:		Name, Anschrift der Beschäftigungsstelle:	
Ansprechpartner:			
Telefon:		Fax:	
E-Mail:			
Betriebsnummer:			
Bei Rechtsvertretung Name und Anschrift des Bevollmächtigten (Originalvollmacht beifügen):			
Geschäftskonto bei Kreditinstitut:			
IBAN:		BIC:	
Besteht Vorsteuerabzugsberechtigung?		<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	
Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze im Gesamtunternehmen:			
davon mit schwerbehinderten / gleichgestellten behinderten Menschen besetzt:			
regelmäßige Arbeitszeit eines Vollzeitbeschäftigten (Std./Woche):			

Angaben zum schwerbehinderten bzw. gleichgestellten behinderten Menschen			
Name:		Vorname:	
Geburtsdatum:			
Straße, Hausnummer:			
PLZ:		Ort:	
Telefon:		E-Mail:	
Grad der Behinderung (GdB):		Gleichstellung:	
Rentenversicherungsnummer - bitte immer angeben:			

Der Arbeitnehmer/Die Arbeitnehmerin ist bei uns beschäftigt			
<input type="checkbox"/> seit:		<input type="checkbox"/> mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von	
Arbeitsvertrag:	<input type="checkbox"/> befristet <input type="checkbox"/> unbefristet		
Die Arbeitsaufnahme ist geplant			
<input type="checkbox"/> zum:		<input type="checkbox"/> mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von	
Arbeitsvertrag:	<input type="checkbox"/> befristet <input type="checkbox"/> unbefristet		
Besteht ein Anspruch des schwerbehinderten Menschen auf Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben gegenüber einem Rehabilitationsträger (z.B. Agentur für Arbeit, Rentenversicherungsträger, Berufsgenossenschaft usw.)?			
<input type="checkbox"/> ja, gegenüber: _____			
<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt			

Allgemeine Angaben zum Antrag	
Wurden bzw. werden für den gleichen Zweck Zuschussmittel beantragt (z.B. bei der Investitionsbank, einer Stiftung, einer Brauerei usw.)?	
<input type="checkbox"/> Ja, bei: _____ (Nachweis beifügen) <input type="checkbox"/> Nein	
Geplante Finanzierung:	
Angaben zur beantragten Leistung (Ausstattung, Kostenaufstellung, Maßnahmebeschreibung, Hinweis auf ältere Förderungen usw.):	
Ist die Beschaffungsmaßnahme begonnen worden? <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	
Wird die Arbeitsplatzausstattung von mehreren Beschäftigten genutzt?	
<input type="checkbox"/> Ja - wieviele? _____ <input type="checkbox"/> Nein	
<input type="checkbox"/> Ich habe die Hinweise zum Datenschutz zur Kenntnis genommen.	
<input type="checkbox"/> Ich habe die Hinweise zum Datenschutz meinem Mitarbeiter ausgehändigt.	

Die Richtigkeit und Vollständigkeit der vorstehenden Angaben wird bestätigt.

Datum _____

Unterschrift _____

Hinweise zum Datenschutz für Arbeitgeber - Leistungen des Integrationsamtes

Für dieses Formular und das Verfahren ist das Landesamt für Gesundheit und Soziales Berlin - Integrationsamt - verantwortlich.

Alle Angaben, die Sie

- **in diesem Formular sowie**
- **im Rahmen des weiteren Verfahrens gegenüber uns (Mitarbeiter/innen des Integrationsamtes, z.B. Technischer Beratungsdienst) und einer von uns beauftragten Stelle (z.B. Integrationsfachdienst) machen, brauchen wir um Ihren Antrag auf Leistungen zu bearbeiten.** Die Rechtsgrundlage dafür ist § 185 Sozialgesetzbuch Neuntes Buch (SGB IX) i.V.m. der Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabeverordnung (SchwbAV).

Ihre Angaben sind freiwillig. Wenn Sie keine Angaben oder keine vollständigen Angaben machen, kann dies dazu führen, dass die beantragten Leistungen ganz oder teilweise abgelehnt werden. (§§ 66, 16 Sozialgesetzbuch Erstes Buch - SGB I)

Die von Ihnen gemachten Angaben speichern wir in elektronischer Form im Landesamt für Gesundheit und Soziales sowie in Aktenform. Zur Prüfung und Bearbeitung des Antrages ist es möglich, dass wir Rehabilitationsträger, z.B. die Agentur für Arbeit oder die Deutsche Rentenversicherung, einbeziehen. Möglicherweise werden wir auch andere Stellen außerhalb des Integrationsamtes, z.B. den Integrationsfachdienst, beauftragen, eine Stellungnahme bzw. ein Gutachten zu erstellen. Die genannten Institutionen erhalten dann die erforderlichen Unterlagen und sind zur Wahrung des Datenschutzes verpflichtet.

Bei Zuständigkeit eines anderen Leistungsträgers werden Ihre Daten an diesen weitergeleitet. Darüber hinaus erfolgt eine Weiterleitung im Falle der Einlegung von Rechtsmitteln gegen einen Verwaltungsakt des Integrationsamtes an den Widerspruchsausschuss beim Integrationsamt oder an die Verwaltungsgerichtsbarkeit.

Die Erhebung und Verarbeitung Ihrer Daten erfolgt auf der Grundlage des § 67a Sozialgesetzbuch Zehntes Buch (SGB X).

Wir speichern Ihre Daten nur solange wir sie benötigen. Die Daten werden daher nach Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen gelöscht (§ 67c SGB X).

Sie haben folgende Rechte:

- Sie können von uns **Auskunft** über Ihre Daten verlangen, die wir gespeichert haben.

- Sie können von uns verlangen, Ihre Daten zu **berichtigen**, wenn sie unrichtig sind.
- Sie können von uns verlangen, Ihre Daten zu **vervollständigen**, wenn sie unvollständig sind.
- Sie können von uns verlangen, Ihre Daten zu **löschen**, wenn wir sie nicht mehr benötigen. Dies könnte insbesondere dann der Fall sein, wenn Sie Ihren Antrag zurücknehmen oder der Verarbeitung Ihrer Daten widersprechen.
- Sie können von uns verlangen, die Verarbeitung Ihrer Daten **einzuschränken**. Das können Sie insbesondere dann tun, wenn Sie verlangt haben, Ihre Daten zu berichtigen und noch nicht geklärt ist, ob diese Daten tatsächlich unrichtig sind.
- Sie können Ihre etwaig erteilte Einwilligung in die Verarbeitung Ihrer Daten jederzeit widerrufen. Der Widerruf gilt aber nicht rückwirkend. Er macht die vor dem Widerruf stattgefundenen Verarbeitung Ihrer Daten nicht rechtswidrig.

Sie können auf den folgenden Wegen mit uns Kontakt aufnehmen:

- per Post: Landesamt für Gesundheit und Soziales Berlin - Integrationsamt -, Postfach 310929, 10639 Berlin
- per Telefon: 030 90229-0
- per Telefax: 030 90229-3399
- per E-Mail: Post@lageso.berlin.de

Mit der Datenschutzbeauftragten unseres Amtes können Sie auf den folgenden Wegen Kontakt aufnehmen:

- per Post: Landesamt für Gesundheit und Soziales, Datenschutzbeauftragte ZS L DSB, Frau Ave, Sächsische Str. 28, 10707 Berlin
- per Telefon: 030 90229-1209
- per Telefax: 030 90229-1095
- per E-Mail: sabine.ave@lageso.berlin.de

Bei Beschwerden können Sie sich auch an die Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit wenden:

- per Post: Friedrichstr. 219, 10969 Berlin
- per Telefon: 030 138890-0
- per Telefax: 030 215550
- per E-Mail: mailbox@datenschutz-berlin.de

Sie haben das Recht, der Verarbeitung ihrer Daten durch uns jederzeit zu widersprechen.

Diese Informationen sind für Ihre Unterlagen bestimmt. bitte schicken Sie dieses Hinweisblatt nicht an das Integrationsamt zurück.

Stand Mai 2018

Hinweise zum Datenschutz für Arbeitnehmer bei Leistungen an Arbeitgeber

Ihr Arbeitgeber hat Leistungen beim Integrationsamt beantragt. Zur Bearbeitung dieses Antrages werden Daten zu Ihrer Person benötigt. Ihr Arbeitgeber ist daher verpflichtet, Ihnen diese Hinweise auszuhändigen.

Alle Angaben, die Sie im Rahmen des Antragsverfahrens gegenüber uns (Mitarbeiter/innen des Integrationsamtes, z.B. Technischer Beratungsdienst) und einer von uns beauftragten Stelle (z.B. Integrationsfachdienst) machen, brauchen wir um den Antrag auf Leistungen zu bearbeiten. Die Rechtsgrundlage dafür ist § 185 Sozialgesetzbuch Neuntes Buch (SGB IX) i.V.m. der Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabeverordnung (SchwbAV).

Ihre Angaben sind freiwillig. Wenn Sie keine Angaben oder keine vollständigen Angaben machen, kann dies dazu führen, dass die beantragten Leistungen ganz oder teilweise abgelehnt werden. (§§ 66, 16 Sozialgesetzbuch Erstes Buch - SGB I)

Die von Ihnen gemachten Angaben speichern wir in elektronischer Form im Landesamt für Gesundheit und Soziales sowie in Aktenform. Zur Prüfung und Bearbeitung des Antrages ist es möglich, dass wir Rehabilitationsträger, z.B. die Agentur für Arbeit oder die Deutsche Rentenversicherung, einbeziehen. Möglicherweise werden wir auch andere Stellen außerhalb des Integrationsamtes, z.B. den Integrationsfachdienst, beauftragen, eine Stellungnahme bzw. ein Gutachten zu erstellen. Die genannten Institutionen erhalten dann die erforderlichen Unterlagen und sind zur Wahrung des Datenschutzes verpflichtet.

Bei Zuständigkeit eines anderen Leistungsträgers werden Ihre Daten an diesen weitergeleitet. Darüber hinaus erfolgt eine Weiterleitung im Falle der Einlegung von Rechtsmitteln gegen einen Verwaltungsakt des Integrationsamtes an den Widerspruchsausschuss beim Integrationsamt oder an die Verwaltungsgerichtsbarkeit.

Die Übermittlung Ihrer persönlichen Daten (z.B. Feststellungsbescheid des Versorgungsamtes, Angaben zur anerkannten Behinderung) an den Arbeitgeber erfolgt nicht.

Die Erhebung und Verarbeitung Ihrer Daten erfolgt auf der Grundlage des § 67a Sozialgesetzbuch Zehntes Buch (SGB X).

Wir speichern Ihre Daten nur solange wir sie benötigen. Die Daten werden daher nach Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen gelöscht (§ 67c SGB X).

Sie haben folgende Rechte:

- Sie können von uns **Auskunft** über Ihre Daten verlangen, die wir gespeichert haben.
- Sie können von uns verlangen, Ihre Daten zu **berichtigen**, wenn sie unrichtig sind.
- Sie können von uns verlangen, Ihre Daten zu **vervollständigen**, wenn sie unvollständig sind.
- Sie können von uns verlangen, Ihre Daten zu **löschen**, wenn wir sie nicht mehr benötigen. Dies könnte insbesondere dann der Fall sein, wenn Sie Ihren Antrag zurücknehmen oder der Verarbeitung Ihrer Daten widersprechen.
- Sie können von uns verlangen, die Verarbeitung Ihrer Daten **einzuschränken**. Das können Sie insbesondere dann tun, wenn Sie verlangt haben, Ihre Daten zu berichtigen und noch nicht geklärt ist, ob diese Daten tatsächlich unrichtig sind.
- Sie können Ihre etwaig erteilte Einwilligung in die Verarbeitung Ihrer Daten jederzeit widerrufen. Der Widerruf gilt aber nicht rückwirkend. Er macht die vor dem Widerruf stattgefundene Verarbeitung Ihrer Daten nicht rechtswidrig.

Sie können auf den folgenden Wegen mit uns Kontakt aufnehmen:

- per Post: Landesamt für Gesundheit und Soziales Berlin - Integrationsamt -, Postfach 310929, 10639 Berlin
- per Telefon: 030 90229-0
- per Telefax: 030 90229-3399
- per E-Mail: Post@lageso.berlin.de

Mit der Datenschutzbeauftragten unseres Amtes können Sie auf den folgenden Wegen Kontakt aufnehmen:

- per Post: Landesamt für Gesundheit und Soziales, Datenschutzbeauftragte ZS L DSB, Frau Ave, Sächsische Str. 28, 10707 Berlin
- per Telefon: 030 90229-1209
- per Telefax: 030 90229-1095
- per E-Mail: sabine.ave@lageso.berlin.de

Bei Beschwerden können Sie sich auch an die Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit wenden:

- per Post: Friedrichstr. 219, 10969 Berlin
- per Telefon: 030 138890-0
- per Telefax: 030 215550
- per E-Mail: mailbox@datenschutz-berlin.de

Sie haben das Recht, der Verarbeitung Ihrer Daten durch uns jederzeit zu widersprechen.

Diese Informationen sind für Ihre Unterlagen bestimmt. bitte schicken Sie dieses Hinweisblatt nicht an das Integrationsamt zurück.

Stand Mai 2018